

Forschungs-Praxis-Projekt: Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten - sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Gesprächsrunde: Integration durch Sprache und Bildung in Michelstadt

am 14. April 2016 im Stadthaus Michelstadt

Moderation Gudrun Kirchhoff, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Teilnehmer/innen

- Renate Böhmer, Kita Kellerei
- Christiane Dziatkowski, Kita Steinbach an der Basilika
- Birgit Fabian, Kita Kellerei
- Stefan Kelbert, Bürgermeister
- Ursula Klemm, Caritas-Zentrum Erbach
- Karin Miklitsch, Kita Steinbach an der Basilika, Schwerpunkt Sprachförderung
- Yvonne Niepsch, Jugendwerkstätten Odenwald und Jugendmigrationsdienst
- Katja Piechotta, Kita Rehbach
- Anni Resch, Kita Bienenschwarm,
- Karsten Roman, Caritas-Zentrum Erbach, Koordinator Patenschaftsprojekt „Kinder willkommen“
- Natalia Schitz, Diakonisches Werk Odenwald
- Ursula Schmidt, F+U Bildungsträger und Integrationskursanbieter
- Tatjana Schmied, Integrationsbeauftragte
- Christina Schuller, Kita am Campus
- Wilfried Schulz, Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis
- Dieter Weiß, Leiter der Mittelstufenschule, Standortschule für Integrationsklassen
- Anne-Kathrin Wolter, Kita Steinbach an der Basilika

Bürgermeister Stefan Kelbert begrüßt die Anwesenden und erläutert die Motive zur Teilnahme an dem Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ sowie an dem WIR-Programm der Hessischen Landesregierung seit 2014. Mit der Teilnahme an den Projekten strebt die Stadt eine strategische Ausrichtung der Integrationsarbeit an.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde der Teilnehmenden stellt Gudrun Kirchhoff vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) das Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ vor. Das Difu führt dieses Projekt in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Bundesministerium für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durch. Finanziert wird das Projekt über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU (AMIF), Projektfördermittel des BAMF, das Programm „WIR“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration und über Eigenmittel des Difu.

Bundesweit nehmen neun ausgewählte Kommunen an dem Projekt teil, die sich über ein Interessenbekundungsverfahren beworben haben, davon liegen sechs in westlichen Bundesländern und drei in östlichen. Im Rahmen des Projektes soll die Bedeutung von Zuwanderung und Integration für die Entwicklung der historischen Altstädte in den Kommunen des ländlichen Raums und für die städtische Identität untersucht werden. Das Projekt hat einen aktivieren Ansatz. Gemeinsam mit den Kommunen sollen auf Basis der Erhebungen Projekte

auf den Weg gebracht werden, die die sozialräumliche Integration der Zuwanderer in den innerstädtischen Wohnbereichen verbessern, die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sowie das nachbarschaftliche Zusammenleben fördern und die zivilgesellschaftlichen Strukturen zum Abbau von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit stärken. Besonderer Wert wird auf die Verknüpfung von stadtentwicklungs- und integrationspolitischen Handlungsansätzen gelegt. Das Projekt wird auch der Frage nachgehen, inwieweit Flüchtlinge neue Impulse für die Entwicklung der Innenstädte geben können, indem z.B. leerstehende Altbauten für deren Unterbringung nutzbar gemacht werden. Neben der Arbeit vor Ort organisiert das Difu den Erfahrungsaustausch der Kommunen untereinander durch Netzwerktreffen.

Im Ergebnis soll Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure entstehen und es werden Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der kommunalen Integrationspolitik erarbeitet, die sich an alle politischen Ebenen (Bund, Land, Kommunen) richten.

Nach der Auswahl der Kommunen und einer Auftaktveranstaltung im November 2015 fanden in allen Kommunen Auftaktgespräche und erste vertiefende Interviews statt. Derzeit erfolgen weitere Einzel- und Gruppengespräche zur Einschätzung der Situation vor Ort und zur Ermittlung möglicher Ansatzpunkte für konkrete Projekte und Maßnahmen. Hierzu zählt auch das Gruppengespräch zum Thema Bildung.

Die Strukturierung der Diskussion der Teilnehmenden erfolgte mit Hilfe des Metaplan-Verfahrens zur Visualisierung und Dokumentation der Ergebnisse. Drei Fragen standen im Zentrum der Debatte: Welches sind die Hauptprobleme? Was wird bereits getan? Was sollte verbessert werden?

1. Hauptprobleme im Bereich Bildung und Erziehung

Als Hauptprobleme werden die mangelnden deutschen Sprachkenntnisse bei den Zugewanderten genannt und fehlende Perspektiven.

Ein weiteres Problem seien die hohen Erwartungen der einheimischen Bevölkerung an die Zugewanderten, mangelnde Toleranz und mangelndes Wissen über andere Kulturen und Religionen. Es gebe eine Konkurrenz um Ausbildung und Arbeit und um preisgünstige Wohnungen. Gerade in der Innenstadt würden Gruppen mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen aufeinanderprallen.

Beklagt werden die Zersplitterung der Migrationsakteure und die mangelnde Vernetzung zwischen den Institutionen. Insbesondere die fehlende Zusammenarbeit mit den Grundschulen sei von Nachteil, um einen besseren Übergang von der Kita in die Grundschule organisieren zu können. In diesem Zusammenhang wird auch die geringe Beachtung durch das Schulamt genannt. Insgesamt seien Zuständigkeiten nicht immer eindeutig und transparent. Man wisse nicht, wer die richtigen Ansprechpartner bei bestimmten Anliegen und Problemen seien.

In den Kitas sei eine Tendenz der Ghettoisierung feststellbar, Kinder mit Migrationshintergrund würden sich in wenigen Kitas konzentrieren. Es fehle in den Kitas auch Zeit und Raum für den wichtigen Austausch mit den Eltern. Zudem sei ein begleitendes Netzwerk aus Psychologen, Therapeuten und Sozialarbeitern erforderlich, um Kindern aus schwierigen Milieus besser helfen zu können. Die Integrationsinfrastruktur müsse insgesamt verbessert werden. Das Projektangebot treffe nur zu einem kleinen Teil die Bedürfnisse der Zugewanderten.

Insbesondere für Kinder und Jugendliche müsse man Angebote schaffen, die auch angenommen werden.

Als weiteren Mangel werden fehlende Informationen und Grundlagendaten über die Migranten-Communities gesehen.

2. Was wird bereits getan, was läuft positiv?

Positiv seien das Zusammenwirken der Akteure und die Überschaubarkeit einer Kleinstadt wie Michelstadt. Hervorgehoben werden die insgesamt guten sozialen und Bildungsangebote auch im Bereich der Weiterbildung, das bilinguale Angebot in einigen Kitas und die alltagsintegrierte Sprachförderung. Wichtig sei auch, dass die Erzieherausbildung vor Ort sei. Zudem gebe es ein hohes Problembewusstsein bei den Akteuren und ein ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement. Eine wichtige Rolle spiele die gute Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten, eine funktionierende Integration in die Vereine (Sport, Feuerwehr) und die Organisation gemeinsamer Feste. Als bestehende und gut funktionierende Strukturen und Angebote werden des Weiteren die Ehrenamtsagentur des Landkreises, der Rat der Religionen, die Interkulturelle Woche und das Projekt „garantiert mobil“ genannt.

3. Was müsste verbessert werden, was fehlt?

Gewünscht wird eine verbesserte Koordination und Transparenz der Strukturen sowie eine höhere Kooperationsbereitschaft der Grundschulen. Wichtig sei vor allem die Nachhaltigkeit der Strukturen und Angebote, dies betreffe vor allem die Ressourcenausstattung und die Qualifikation des Personals. Besonderer Wert wird auf die interkulturelle Öffnung der Angebote und die nachhaltige Einrichtung einer alltagsintegrierten Sprachförderung gelegt. Die Ausbildungsangebote müssten in einem höheren Maße die unterschiedlichen Bildungsniveaus der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen. Die Fortbildungsangebote für die im Bildungs- und Erziehungsbereich Tätigen müssten ausgebaut werden. Mehr Sozialarbeiter im Erziehungs- und Bildungsbereich sowie gesonderte Berater für Flüchtlinge müssten zur Verfügung stehen. Mit dem Aufbau eines Kinder- und Familienzentrums könnten die bisherigen Angebote qualitativ ergänzt und weiterentwickelt werden. Mit der Einbindung der Eltern könnte der Bildungserfolg Kinder entscheidend positiv beeinflusst werden. Zudem sei ein Familienzentrum ein Ort der Begegnung und könne eine wichtige Ausstrahlung auf den Sozialraum und das nachbarschaftliche Zusammenleben haben.

Protokoll

Gudrun Kirchhoff, 28. Juni 2016

Forschungs-Praxis-Projekt

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Michelstadt

Auftaktgespräch

5. Februar 2016, 9.30–11.00 Uhr, Stadthaus Michelstadt

Teilnehmer/innen

- Gerd Beller, Stadt Michelstadt, Stadtbauamt
 - Monika Fuhrig, Jugend- und Sozialausschuss (Grüne)
 - Albert Herbert, Jugend- und Sozialausschuss (SPD)
 - Sabine Kaffenberger, Stadt Michelstadt, Ordnungsamt
 - Stephan Kelbert, Stadt Michelstadt, Bürgermeister
 - Steffi Lang, Stadt Michelstadt, Kinder, Jugend und Familie
 - Tobias Robischon, Haupt- und Finanzausschuss(ÜWG)
 - Franz Röchner, Jugend- und Sozialausschuss (CDU)
 - Klaus Rösinger, Stadt Michelstadt, Hauptamt
 - Tatjana Schmied, Stadt Michelstadt, Integrationsbeauftragte
 - Thomas Scholz, Stadt Michelstadt, Stabsstelle
 - Jürgen Weyrauch, Jugend- und Sozialausschuss (SPD)
-
- Gudrun Kirchhoff Difu
 - Dr. Bettina Reimann Difu

TOP 1 Begrüßung

Bürgermeister Kelbert begrüßt die Mitarbeiterinnen des Difu und die Anwesenden. Die Anwesenden stellen sich gegenseitig vor und erläutern ihr Projektinteresse.

TOP 2 Vorstellung des Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“

Frau Kirchhoff stellt das Forschungsprojekt vor und erläutert die Aufgaben und Ziele der beteiligten Projektkommunen. Hierzu werden zwei Tischvorlagen verteilt (Präsentation und Handout; s. Anlagen).

TOP 3 Diskussion zur Situation in Michelstadt und mögliche Projektansätze

In der anschließenden Diskussion erfolgt eine Auseinandersetzung mit möglichen projektbezogenen Themen bzw. Projektzugängen in Michelstadt. In diesem Zusammenhang wird die **Relevanz des Stadtzentrums** bzw. der Innenstadt diskutiert und die Frage nach der räumlichen Eingrenzung des Projekts aufgeworfen. Es wird dafür plädiert, auch innenstadtnahe Quartiere, in denen viele Zuwanderer leben, im Projektkontext zu berücksichtigen (z.B. Steinbach und Stockheim). In diesem Zusammenhang sollte die **Bedeutung der Innenstadt für das Wohnen** diskutiert werden.

Für das innerstädtische Wohnen wird – zunächst allgemein und nicht bezogen auf Michelstadt – festgestellt, dass die Wohnungen an Attraktivität verlören und viele Eigentümer nicht mehr in ihre Immobilien investierten. Ein Abwertungsprozess des Wohnens im Zentrum sei zu beobachten. Für Michelstadt wird allerdings hervorgehoben, dass die bauliche Situation der historischen Altstadt gut sei, während das Wohnumfeld Mängel aufweise. Das Projekt könnte ggf. dazu beitragen, **mit Wohneigentümern und Bewohnern des Stadtzentrums über Fragen der städtischen Identität und der Nachbarschaft** ins Gespräch zu kommen.

Bürgermeister Kelbert stellt den **Wissensaufbau** als wichtiges Projektanliegen und Interesse der Stadt heraus. Bislang gebe es eher wenig Kenntnis darüber, wer wo wohne und wo Probleme beim Thema Integration lägen. Das Projekt solle dazu beitragen, das Thema Integration stärker nach vorne zu bringen, nicht nur in der Stadtöffentlichkeit, sondern auch in der Verwaltung. Dies solle dazu beitragen, dass die Stadt für dieses Thema eine **eigene Positionierung** findet.

Die bislang **mangelhafte Datenlage** wird erörtert. Es lägen beispielsweise wenig Kenntnisse zur Einwohnerfluktuation und zur räumlichen Verteilung oder zu räumlichen Konzentrationen von Zuwanderergruppen vor. Diese Frage gewinne u.a. angesichts des Zuzugs von Flüchtlingen und die damit verbundene Wohnungszuweisung, für die Michelstadt ab April 2016 zuständig sein wird, an Relevanz. Gleichwohl wird in diesem Zusammenhang angemerkt, dass eher wenige Flüchtlinge (33) zuziehen werden.

Die Frage der Datenlage soll mit den anderen beteiligten Kommunen erörtert werden; Michelstadt könne hier vom **Erfahrungsaustausch** profitieren. Das Difu wird im Zuge seiner Vor-Ort-Recherchen qualitative Interviews durchführen jedoch keine neuen statistischen Daten erheben. Vielmehr werden vorhandene Daten aufbereitet und zusammenfassend dargestellt. Ein Vergleich der Datenlage der verschiedenen Projektkommunen sei leistbar.

Als weitere Fragestellung, die im Zusammenhang mit dem Projekt bearbeitet werden könnte, werden das **Zusammenspiel und die jeweiligen Rollen von Kommune und Landkreis** genannt; Wie gestaltet sich die jeweilige Aufgabenzuordnung? Was wäre wünschenswert?

In der **Kommunalpolitik** sind Migranten bislang kaum vertreten; auch in der Verwaltung seien nur wenige Zuwanderer beschäftigt.

Die Stadt hat Integrations-Leitlinien beschlossen, die bislang bei der Kita-Arbeit zum Einsatz kommen. Bezogen auf konkrete Projekte und Maßnahmen werden der Nachbarschaftshilfeverein genannt (hier sei allerdings nicht sicher, ob Zuwanderer daran beteiligt sind) und das Internationale Café, das auf Initiative einer Flüchtlingshilfegruppe gegründet wurde.

Des Weiteren wird erläutert, dass das Thema **Ehrenamt** im Zusammenhang mit der Flüchtlingsarbeit an Bedeutung gewinnt. Hier befände sich zurzeit vieles im Aufbau. Gleichwohl wird betont, dass die Ausrichtung des Projektes sich eher auf **schon lange in der Stadt lebende Zuwanderer** und weniger auf Flüchtlinge konzentrierte solle. Die Frage sei, wie die Zuwanderer noch besser integriert und als Bewohner der Stadt gehalten werden könnten. In diesem Zusammenhang wird die **Beförderung von Begegnungen** als wichtiges Projektanliegen hervorgehoben. Bislang lebten die verschiedenen Bevölkerungsgruppen eher nebeneinander her, einige Gruppen, z.B. die Russlanddeutschen, sonderten sich eher ab. Nur der Sport führe die Menschen zusammen. Die Frage der Begegnung betreffe alle Bewohner der Stadt; Einheimische und

Zugewanderte. Die Einheimischen müssten beispielsweise ihre Erwartungen an die Zuwanderer überprüfen. Auch würden die bestehenden Anlässe für eine Begegnung, wie die Interkulturelle Woche, eher selten von Einheimischen wahrgenommen. Es müsse ein Prozess des „Miteinander-Lernens“ initiiert werden.

Konsens besteht seitens der Michelstädter Akteure darüber, dass das Difu für die Weiterentwicklung des kommunalpolitischen Handlungsfelds Integration **Bausteine** vorschlagen solle (z.B. zu strategisch-konzeptionellen Fragen, zu Fragen der strukturellen Voraussetzungen und zu Fragen der Datenlage). Auf dieser Basis könne Michelstadt die eigene Positionierung in der Integrationspolitik schärfen sowie die Projektausrichtung weiterentwickeln. Ein wichtiges übergreifendes Thema solle die Förderung der Begegnung bzw. der Nachbarschaft sein.

Absprachen/ Weiteres Vorgehen

Das Difu wird – in Abhängigkeit von der Projektfokussierung – im ersten Halbjahr 2016 weitere Interviews in Michelstadt durchführen. Frau Schmid bietet Unterstützung bei der Kontaktaufnahme und der Terminvereinbarung mit möglichen Interviewpartner/innen an.

Das Difu regt an, in der Stadt eine Steuerungsrunde einzurichten, die den Projektverlauf begleitet.

Protokoll: Bettina Reimann, 24.02.2016

Forschungs-Praxis-Projekt

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Michelstadt

Reflexionsworkshop

3. November 2016, 17 bis 19.30 Uhr, Stadthaus Michelstadt

Teilnehmer/innen

- Gerd Beller Stadtverwaltung, Bauamt
 - Renate Böhmer Kita in der Kellerei
 - Gerd Böttcher Odenwaldkreis, WIR-Koordinator
 - Nelson Gameiro Immobilienbesitzer
 - Stephan Kelbert Bürgermeister
 - Stéphanie Lang Stadtverwaltung, Abt. Kinder, Jugend und Familie
 - Anni Resch Kita Bienenschwarm
 - Klaus Rösinger Stadtverwaltung, Hauptamt
 - Aristide Sambou Diakonie Odenwald, MBE
 - Natalia Schitz Diakonie Odenwald
 - Tatjana Schmied Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragte
 - Christina Schuller Kita am Campus
 - Rudolf Thiessen Christliche Gemeinde Michelstadt
 - Monika Vogler BAMF, Regionalkoordinatorin
 - Georg Walther Stadtverordneter, CDU-Fraktion, Fraktionsvorsitzender
 - Jürgen Weyrauch Stadtrat, SPD-Fraktion
 - Brigitte Wittmann Caritas-Zentrum Erbach
 - Nusret Yayla Verein der Förderung der Integration und Bildung in Michelstadt
-
- Gudrun Kirchhoff Difu
 - Dr. Bettina Reimann Difu

TOP 1+2 Begrüßung und Einführung

Herr Kelbert begrüßt die Anwesenden. Er freue sich, dass so viele auf die Einladung reagiert hätten und in das Stadthaus gekommen seien. Er freue sich besonders, dass eine Vertreterin des BAMF an dem Workshop teilnehme. Herr Kelbert hebt die Bedeutung des Projektes für Michelstadt hervor und betont, dass das Thema Integration aus seiner Sicht einer strategischen Ausrichtung bedürfe und in der Stadtöffentlichkeit mehr zum Thema werden solle.

Frau Reimann erläutert im Anschluss die Zielsetzung des Workshops und stellt den vorgesehenen Ablauf vor

TOP 3 Blitzlicht: Vielfalt fördern – Innenstadt stärken

Frau Reimann bittet die Anwesenden zusammen mit einer kurzen Vorstellung der Person um ein Blitzlicht zu der Frage „Wie kann Vielfalt die Innenstadt stärken“.

Folgende Aussagen wurden getroffen:

- Die Gesellschaft wird „weniger, älter, bunter“;
- Vielfalt verändert die Gesellschaft und stärkt sie;
- Vielfalt der Generationen, Kulturen und Religionen;
- Mehr Durchmischung im Sozialraum;
- Vielfalt sollte im Zentrum sichtbar sein;
- Vielfalt als Impuls für die Innenstadt, für mehr Handel und Urbanität;
- Vielfalt belebt städtische Kultur und traditionelle Feste;
- Leerstehende Läden im Zentrum mit Kultur füllen;
- Anknüpfen an Tradition des Portugiesischen Clubs in Erbach, der mitten im Zentrum war und viel zur Integration und Begegnung beigetragen hat;
- Integration bedeutet Lernen und darf nicht durch zu viele Regeln behindert werden;
- Integrationsangebote zielgruppengerecht gestalten;
- Integration braucht Räume und Zeit;
- Spätaussiedler leisten ihren Beitrag zur Integration;
- Begegnung und gegenseitiger Austausch müssen organisiert werden;
- Begegnungszentrum für Jung und Alt;
- Begegnungszentrum fördert Sprachkompetenz;
- Kita als Ort der Begegnung;
- Kinder sind die Zukunft/ Partizipation von Kindern und Jugendlichen/ Schaffung von Kinder- und Jugendhäusern.

TOP 4 Erkenntnisse aus den Vor-Ort-Erhebungen

Im Anschluss stellt Frau Kirchhoff erste Ergebnisse aus den Erhebungen vor. Sie betont, dass es sich um erste Einschätzungen handelt, die sich vor allem aus den Gesprächen vor Ort ableiten. Diese sollen im Rahmen des Workshops gemeinsam reflektiert und weiterentwickelt werden.

Querschau über die beteiligten Projektkommunen

In den beteiligten Projektkommunen werden viele Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede erkennbar. So fehlt in allen Städten Grundlagenwissen über die Situation der Zuwanderer und ihre genaue räumliche Verteilung. Zwar gibt es in fast allen Kommunen Strukturen der Integrationsarbeit, wie einen Beauftragten oder eine Beauftragte, doch häufig ist diese Funktion wenig untersetzt, teilweise ehrenamtlich und ohne Budget. Es fehlt eine strategisch-konzeptionelle Ausrichtung der Integrationsarbeit – Integrationskonzepte sind bisher die Ausnahme, wenn dann gibt es sie nur auf der Landkreisebene. Demgegenüber haben fast alle Kommunen Stadtentwicklungskonzepte, doch in diesen steht das Thema Integration nicht im Fokus.

Die Landkreise verfügen im Vergleich zu den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in der Regel bereits über Ressourcen, Strukturen und strategische Ansätze im Bereich Integration, wobei vieles durch Landesförderung initiiert wurde (z.B. Hessen, NRW). Doch die Aufgabenteilung zwischen Landkreisen und Kommunen verläuft nicht reibungsfrei und ist teilweise von Konkurrenzen geprägt, so dass intendierte Wirkungen aus der Landesförderung bei den Kommunen nicht immer ankommen.

Das Zusammenleben zugewanderter und einheimischer Bevölkerung ist eher durch ein Neben- als ein Miteinander geprägt. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung wird die als ungleich wahrgenommene Behandlung von Neuzuwanderern, Flüchtlingen, lange ansässigen Migrant/innen aber auch anderer sozial benachteiligter Gruppen zum Thema. Die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten gelingt und wird als integrationsfördernd bewertet. Die Kommunen zeichnet ein breites Akteursspektrum und hohes ehrenamtliches Engagement aus, was die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Verwaltung vor neue Herausforderungen stellt. Koordinations- und Steuerungsfragen und das Verhältnis Hauptamt/Ehrenamt rücken zunehmend in den Fokus.

Auffällig ist, dass Zuwanderer in der Kommunalpolitik bislang kaum repräsentiert sind und eine politische Interessenvertretung in der Regel fehlt oder dort, wo sie vorhanden ist, nicht aktiv ist.

Befunde/ erste Einschätzungen zu Michelstadt

Michelstadt ist eine Kleinstadt mit vielfältigen Potenzialen. Zusammen mit der benachbarten Stadt Erbach bildet sie das Zentrum im Odenwald und hat entsprechende Zentrenfunktionen, auch wenn der Sitz der Landkreisverwaltung Erbach ist. Michelstadt ist der Bildungsstandort für die Region. Im Unterschied zu anderen ländlichen Regionen ist der Odenwald traditionell ein Industriestandort, größere Industrieunternehmen sind auch heute noch in Michelstadt angesiedelt. Diese positive Einschätzung spiegelt sich in folgendem Zitat wider:

„Wir haben die Vorteile einer ländlichen Region, gestärkt durch die Nähe zu Darmstadt, Heidelberg, Mannheim, Frankfurt, ohne die Nachteile der dortigen Speckgürtel.“

Mit ihrer Lage, Anbindung und städtebaulichen Struktur ist Michelstadt auch aufgrund der vergleichsweise preisgünstigen Wohnkosten ein attraktiver Wohnstandort. Es wird eine steigende Nachfrage nach Wohnen in der Innenstadt beschrieben, die sich vor allem durch ältere nachfragende Paare und Singles speist. Insbesondere ältere alleinstehende Frauen schätzen die Urbanität und Lebendigkeit der Altstadt für das Wohnen. Demgegenüber scheint der Altstadtkern mit seiner historischen Bausubstanz für Familien wenig attraktiv. Als Gründe werden vor allem fehlende gebäudebezogene Grünflächen und Stellplätze genannt.

Mit seiner gut erhaltenen historischen Bausubstanz ist Michelstadt zudem touristisch attraktiv und lebt sehr stark vom Tagestourismus. Hauptattraktion ist das historische Rathaus aus dem 15. Jahrhundert. Mit dem Tourismus hat sich eine vielfältige gastronomische Landschaft entwickelt, die einen großen Beitrag zur Belebung der Innenstadt leistet. Es besteht jedoch die Gefahr der Dominanz des Tourismus, so dass Reibungspunkte zu anderen Nutzungen wie dem Wohnen entstehen können.

Die Altstadt hat insgesamt eine große Bedeutung für die Identität der städtischen Gesellschaft. Die Bürger sind stolz auf die Tradition der Stadt und ihre historischen Gebäude. Gleichwohl sind Veränderungen unverkennbar. Der Einzelhandel steht vor einer eher schwierigen Entwicklung. Angebote des täglichen Bedarfs sind auf dem Rückzug. Das städtebauliche Entwicklungskonzept hat 30 leerstehende Gebäude identifiziert. Insbesondere leerstehende Gewerbeeinheiten lassen sich nicht ohne weiteres vermarkten, da die vermietbaren Flächen vergleichsweise klein sind.

Vielfalt und Zusammenleben

Die Bevölkerungszahl schwankt immer ein wenig, liegt aber weitgehend stabil bei etwa 16.500 Personen. Der Abwanderungstrend bei jungen Menschen hält weiterhin an, wird durch Zuwanderungen zahlenmäßig jedoch weitgehend ausgeglichen.

Mit seinen Industrieansiedlungen hat Michelstadt eine lange Zuwanderertradition. Die beiden größten Gruppen sind Zuwanderer aus der Türkei und Spätaussiedler. Insgesamt fühlen sich die Zuwanderer in der Regel gut aufgenommen. Sowohl bei der einheimischen als auch der zugewanderten Bevölkerung ist eine hohe Ortsverbundenheit festzustellen. Das Zusammenleben ist dennoch eher durch ein Neben- als ein Miteinander geprägt. Die einzelnen ethnischen Gruppen agieren in ihren Gemeinschaften. Eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung ist an den sehr unterschiedlichen Interessenlagen und Verortungen gescheitert. So sehen sich die Spätaussiedler als assimilierte Bürger, die sich sehr gut anpassen, fleißig und diszipliniert sind und so die strukturellen Benachteiligungen überwinden konnten. Von der angestammten Bevölkerung wird das Agieren der (Spät-)Aussiedler jedoch als tendenzielle Abschottung in der eigenen Community empfunden.

An einigen wenigen Standorten ist eine sozialräumliche Konzentration von Zuwanderern feststellbar, dies betrifft vor allem Mehrfamilienhäuser aus den 1960/70er Jahren (Stockheimer Weg), die in der Öffentlichkeit als problematisch angesehen wird. Diese Konzentration spiegelt sich in einigen städtischen Kitas wider, die als Bildungssegregation deutlich wahrgenommen wird und Bildungsdefizite bei Migrantenkindern forciert.

Michelstadt hat bisher wenige Flüchtlinge aufnehmen müssen. Die Zahl wird mit etwa 150/160 Personen angegeben. Die Flüchtlinge, die die Stadt unterbringen musste, konnten alle dezentral versorgt werden. Eigentümer haben sich freiwillig gemeldet und Wohnungen zur Nutzung angeboten. Die dezentrale Unterbringung hat die Akzeptanz von Flüchtlingen in der Bevölkerung gefördert.

Akteure / Netzwerke

Zentrale Akteure im Themenfeld Integration sind der Bürgermeister und die seit 2012 tätige Integrationsbeauftragte, deren Stelle in 2016 als ressortübergreifende Stabstelle beim Bürgermeister aufgewertet wurde. Auffallend ist eine enge Verbindung und Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft, die auch mit personellen Überschneidungen einhergeht. So sind Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung gleichermaßen in örtlichen Vereinen aktiv. Michelstadt verfügt über eine gute Bildungslandschaft, die auch für die umgebende Region von Bedeutung ist. Ergänzt werden die Schulen und Kindertagesstätten durch die Angebote von Wohlfahrtsverbänden, die in der Regel regionsweit auf Landkreisebene tätig sind, wie die Diakonie, das Caritas-Zentrum Erbach und die AWO mit einem Mehrgenerationenhaus in Michelstadt. Die Wohlfahrtsverbände sind wichtige Akteure in der Integrationsarbeit. Die Spätaussiedler und die türkische Community haben sich in Religionsgemeinschaften organisiert, die über eigene Zentren verfügen. Zur Unterstützung der Flüchtlingsarbeit wurde der Runde Tisch Flüchtlinge Erbach-Michelstadt gegründet, der mit einem Internationalen Café im Mehrgenerationenhaus der AWO ansässig ist.

Die kreisweite Vernetzung der Integrationsarbeit erfolgt über die WIR-Koordination des Landkreises, die einen Arbeitskreis Migration und Integration auf Kreisebene eingerichtet hat. Die Vernetzung der ehrenamtlich Tätigen erfolgt über die Ehrenamtsagentur des Landkreises.

Strategien und Konzepte

Michelstadt hat in 2015 ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeiten lassen mit dem Ziel die Altstadt zu stabilisieren und aufzuwerten. Eine auf Basis des Entwicklungskonzeptes beantragte Förderung im Stadumbauprogramm des Landes Hessen zur Aufwertung von Eingangsbereichen zur Altstadt wurde vom Land jedoch abgelehnt.

Michelstadt ist seit 2014 am WIR-Programm des Landes Hessen mit dem Projekt „WIR-Michelstadt, eine zukunftsorientierte Stadt“ beteiligt. Ziel ist die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen. Im Rahmen des Projektes wurden Integrationsleitlinien entwickelt und vom Stadtparlament verabschiedet, die seitdem Grundlage für das kommunale Handeln im Bereich Integration sind.

Diskussion

Zur Aussage, dass sich das Zusammenleben eher als ein Nebeneinander und weniger als ein Miteinander gestaltet, wurde angemerkt, dass ein Nebeneinander nicht negativ sei solange es sich um ein offenes Nebeneinander handle und man den jeweils anderen respektiere. Integration sei ein Prozess und brauche Zeit, das Zusammenleben entwickle sich nach und nach. Vielfalt bedeutet Unterschiedlichkeit und lebe davon, dass die jeweils eigene Identität gewahrt bleibt.

Für eine bessere Integration müssten Gelegenheiten der Begegnung geschaffen werden. Die „Interkulturelle Woche“ biete z.B. solche Gelegenheiten, die dem Einzelnen signalisiert „Du darfst mitmachen“. Auch der Tag der offenen Moschee werde mehr und mehr von den Bürgern als Möglichkeit des Kennenlernens und der Begegnung geschätzt. Die Stadt müsse allerdings mehr Anlässe für Begegnungen schaffen. Hierbei sei auch gefordert, Begegnungen zielgruppengerecht zu gestalten. So seien die ausländischen Rentner eine wachsende Zielgruppe, um die man sich kümmern müsse. Es sei wichtig, dass sich die Stadt einer solchen Aufgabe annimmt. Die Religion, die früher eine verbindende Funktion gehabt habe, verliere zunehmend diesen Charakter, auch aufgrund der Diversität der Glaubensrichtungen. Angemerkt wird darüber hinaus, dass man Begegnung nicht erzwingen könne, man könne lediglich versuchen sie zu initiieren. Dies sei im Hintergrund immer zu bedenken; einem solchen Prozess müsse ausreichend Zeit eingeräumt werden.

Wo geht es hin in Michelstadt? Mögliche Projektansätze und Ideen

Im Anschluss an die Diskussion stellt Gudrun Kirchhoff aus Sicht der Begleitforschung mögliche Projektansätze für die Weiterführung des Projektes in Michelstadt vor. Diese untergliedern sich in vier Handlungsfelder.

1. Kommunales Handlungskonzept für Integration, Zusammenleben und Teilhabe erarbeiten

Dazu zählen:

- Grundlagendaten zu zugewanderter Bevölkerung erarbeiten
- Evaluierung der bestehenden Angebote
- Erwartungen und Perspektiven der Zuwanderer ermitteln – durch Befragung, Gesprächsrunden oder Runde Tische
- Ansprechpartner und Multiplikatoren einbinden
- Integration zum Stadtthema machen - Integrationskonferenz durchführen
- Leitlinien für Integration unterlegen - Handlungsfelder und Verantwortlichkeiten festlegen
 - Wie werden Zuwanderer aktiver Teil der Stadtgesellschaft?

- Bildung als Schwerpunkt - gute Bildungsinfrastruktur als Anker nutzen.

Beitrag des Vielfalt-Projekts ist die mit der Stadt abgestimmte Erhebung soziodemographischer Grundlagendaten durch ein externes Büro. Darüber hinaus ist die Unterstützung bei Gesprächsrunden mit Migrantengruppen oder bei der Durchführung einer Integrationskonferenz denkbar.

2. Vielfalt und Innenstadt zusammendenken

Dazu zählen als mögliche Ansätze:

- Vorhandenes Stadtentwicklungskonzept erweitern und aktualisieren?
- Ressortübergreifende Zusammenarbeit ausbauen (Bauamt, Liegenschaftsamt, Kinder, Jugend, Familie und Integration)
- Einbindung von Bürgern, Gewerbetreibenden und Immobilienbesitzern in Stadtentwicklungsprozesse
- Stärkung des sozialen Zusammenlebens
 - Einrichtung eines Quartiermanagements
 - Ort für Begegnung und Kommunikation schaffen.

Beitrag des Vielfalt-Projekts könnte die Unterstützung bei der Fördermittelakquisition bzw. bei Projektantragstellungen sein.

3. Integrationsarbeit weiterentwickeln – Partnerschaften ausbauen

Dazu zählen:

- Vernetzung der Akteure im Integrationsbereich
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Bessere Kooperation der Bildungsträger – insbesondere Kitas/Grundschulen
- Nachhaltige Verstetigung der Sprachförderangebote – Ausbau der Elternarbeit
- Kooperation mit den Religionsgemeinschaften - interreligiösen Dialog fördern
- Zusammenarbeit mit dem Landkreis intensivieren.

Beitrag des Vielfalt-Projekts könnte die Wissensvermittlung zu Fragen der interkulturellen Öffnung sein oder auch die Vermittlung externer Fachkompetenz für Veranstaltungen und Fortbildungen.

4. Integration Geflüchteter in Nachbarschaft, Bildung und Arbeitsmarkt

- Persönliche Perspektiven und Qualifikationen ermitteln
- Sprachkurseangebote ausbauen (auch berufsbezogene Sprachkurse)
- Wirtschaftsunternehmen und Gewerbetreibende einbinden
- Vernetzung Stadtverwaltung, Jobcenter, IHK, lokale Unternehmen
- Mentoren gewinnen und qualifizieren
- Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit stärken (Beratung und Supervision).

TOP 5 Weiteres Vorgehen und Schwerpunktsetzungen: „Was will Michelstadt bewegen?“

Die Teilnehmenden konnten in der Pause die ermittelten Projektansätze bepunkteten und damit ihre Prioritäten für die weitere Arbeit im Projekt aufzeigen. Dabei konnten sie unterscheiden, ob die Stadt in dem Aufgabenfeld bereits „auf gutem Weg“ ist (grüne Punkte) oder ob sie in diesem Bereich etwas bewegen sollte (roter Punkt).

Frau Reimann hatte im Vorfeld die Themen zusammen mit einigen unter Punkt 3 diskutierten Aussagen zur Frage „Wie kann Vielfalt die Innenstadt stärken“ zu insgesamt sieben Handlungsclustern zusammengefasst und auf Moderationskarten dokumentiert.

Ergebnis:

- Kommunales Handlungskonzept Integration (4 rot, 1 grün)
- Ort der Begegnung in Innenstadt schaffen (14 rot)
- Einrichtung eines Quartiermanagements für Innenstadt (11 rot)
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (9 rot, 8 grün)
- Integration in Bildung ausbauen und verstetigen (6 rot, 15 grün)
- Vernetzung, Zusammenarbeit und Beteiligung verbessern (7 grün)
- Integration Geflüchteter (5 rot, 13 grün)

Als Themen, die eindeutig auf den Weg gebracht werden sollten, werden „Quartiermanagement“ und „Ort der Begegnung schaffen“ bewertet. Mit dem Aufbau eines Familienzentrums plant die Stadt bereits, ein entsprechendes Angebot zu schaffen. Die Themen „Integration in Bildung“, „Integration Geflüchteter“ und „Vernetzung“ werden von den meisten Teilnehmer/innen als „auf gutem Weg“ angesehen, wenn auch weiterer Handlungsbedarf besteht. Die „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ wird ambivalent bewertet, in etwa gleicher Größenordnung verteilen sich die Punkte auf „auf gutem Weg“ und „soll bewegt werden“. Die Punktezahl insgesamt deutet aber auf eine größere Bedeutung des Themas hin.

Die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes Integration wurde zwar ebenfalls als wichtiges Handlungsfeld eingeschätzt, in seiner Bedeutung aber eher nachrangig eingestuft.

Diskussion

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Schaffung eines Begegnungsortes und die Einrichtung eines Quartiermanagements. Ein Begegnungsort bedürfe nicht nur eines Raumes sondern auch eines guten Konzeptes mit Angeboten für alle Alters-, sozialen und kulturellen Gruppen. Räume gebe es in Michelstadt genug, doch es fehlten eine Angebotsplanung und ausreichende Ressourcen. Um einen solchen Ort dennoch zu realisieren, müsse man an vorhandene Ressourcen und Möglichkeiten andocken. Für Begegnungen müsse man zudem mehr Anlässe schaffen. Konkretisiert wurde die Frage eines Begegnungsortes für das sozial als etwas schwierig eingeschätzte Gebiet Stockheimer Weg. Grundsätzlich sei zu bedenken, dass Treffpunkte nicht immer steuerbar seien.

Der klassische Treffpunkt einer Stadt für alle sei der Marktplatz. Hier findet Begegnung im informellen Rahmen statt, ohne feste Regeln und Konzept. Der Marktplatz müsse eine solche Funktion wieder übernehmen. Dafür gelte es, die Zuwanderer ins Zentrum zu holen, sie müssten sichtbarer Teil der Stadtgesellschaft sein bzw. werden. Dabei entstehende Reibungen durch unterschiedliche Ansprüche an den Raum seien für die Entwicklung einer vielfältigen Gesellschaft als konstruktiv zu bewerten. Um Begegnung zu fördern, wird z.B. vorgeschlagen, die Integrationskurse ins Zentrum zu holen. Der größte Integrationskursträger F+U habe seine Räumlichkeiten allerdings in der Nähe des Bahnhofs, was diesen Anspruch der Sichtbarkeit nicht einlösen könne. Dieser Standort sei dennoch gut gewählt, da die Kurse auch die Anforderungen der Region abdecken müssten. Die Teilnehmer/innen aus den umliegenden Dörfern müssten die Kurse gut erreichen können. Aus diesem Grund sei der Standort in der Nähe des Bahnhofs richtig gewählt. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass gute

Deutschkenntnisse Voraussetzung für Teilhabe seien und die Möglichkeiten des Erlernens der Sprache sichergestellt werden müsse.

Begegnung sei nicht auf einen konkreten Raum zu reduzieren, es gehe vielmehr um die Ermöglichung von Begegnung. Begegnung müsse organisiert werden und dies könne z.B. mit Hilfe eines Quartiermanagers realisiert werden. Dieser habe zudem die Funktion eines Vernetzungsberaters und Ideengebers. Man müsse dort anknüpfen, wo die Menschen sind, und bisherige Angebote besser verknüpfen. Als gutes Beispiel wird das Projekt „Eine Stadt zeigt sich. Offen: 20 Gastgeber aus 10 Nationen laden ein“ der Stadt Offenbach angeführt. Mit diesem ebenfalls über das WIR-Programm des Landes Hessen geförderten Projektes werde Begegnung bewusst hergestellt und gelebt.

TOP 6 Resümee und Feedback: Weitere Projektschritte und Zusammenarbeit im Projekt

Frau Kirchhoff gibt zum Schluss einen kurzen Ausblick auf die weitere Projektarbeit in Michelstadt. Die Ergebnisse dieses Workshops werden ausgewertet und mit den Befunden aus den Interviews abgeglichen. Im Austausch mit dem Bürgermeister und den verantwortlichen Ansprechpartner/innen für das Projekt würden die diskutierten Projektansätze geprüft und gemeinsam überlegt, welche Ansätze sinnvollerweise im Rahmen des Projektes weiter verfolgt werden. Aus den bisherigen Ergebnissen und der Diskussion ließen sich folgende drei Themenfelder für die weitere Projektarbeit ableiten:

- Ort der Begegnung in Innenstadt schaffen;
- Einrichtung eines Quartiermanagements für Innenstadt;
- Kommunales Handlungskonzept Integration.

Sie betont, dass trotz der eher nachrangigen Bewertung in dieser Runde ein strategisches Konzept eine wichtige Grundlage für das kommunale Handeln sei, es biete Orientierung und eine Selbstverständigung über gemeinsam zu definierende Ziele und Aufgabenstellungen. Dadurch erhalte die Integrationsarbeit ein Gerüst und soweit das Konzept vom Stadtparlament verabschiedet wird, auch die notwendige Legitimation.

In der abschließenden Runde wird das Engagement von Frau Schmied gewürdigt und ihr ausdrücklich dafür gedankt, eine so vielfältige Runde für den heutigen Abend gewonnen zu haben. In dieser Zusammensetzung habe man sich noch nie über das Thema Vielfalt und Integration ausgetauscht. Der Großteil der Teilnehmenden wünscht eine Fortsetzung dieses Austauschs. Herr Kelbert hebt zum Schluss hervor, dass die Stadt auf einem guten Weg sei und er sich freue, dass die Stadt nunmehr an einer Haltung/ einer Vision arbeite. Sein Anliegen sei es vor allem, im Rahmen des Projektes die Diskussion über konzeptionelle Ansätze der Integrationsarbeit voranzubringen.

Protokoll: Gudrun Kirchhoff
16. November 2016

Workshop

„Orte der Begegnung und Integration - am Beispiel eines Familienzentrums“

am Donnerstag, den 14 Juli 2016, im Kindergarten Bienenschwarm in Michelstadt

Protokoll

Teilnehmer/innen

- Gerd Beller, Stadtbauamt
- Stefan Kelbert, Bürgermeister
- Carola Ehlers (SPD) Jugend und Sozialausschuss (SPD)
- Clementine Dingeldein, 1. Stadträtin (SPD)
- Steffi Lang, Abt. Kinder, Jugend und Familie
- Natalie Rauch, Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss (SPD)
- Anni Resch, Leiterin Kita Bienenschwarm
- Jana Jost, Stellvert. Leiterin Kita Bienenschwarm
- Beate Heckler Abt. Kinder, Jugend und Familie
- Christian Resch, Stadtverordneter (CDU)
- Reiner Reubold, Jugend- und Sozialausschuss (ÜWG)
- Tobias Robischon, Haupt- und Finanzausschuss (ÜWG)
- Franz Röchner, Stadtverordneter (CDU)
- Andreas Kräuter (SPD) Bauausschussvorsitzender (SPD)
- Thomas Kurz, Jugend- und Sozialausschuss (CDU)
- Andreas Untergasser; Jugend- und Sozialausschuss (ÜWG)
- Tatjana Schmied, Integrationsbeauftragte
- Hans Jürgen Zinn, Stadtverordneter (GRÜNE)

Moderation und Impuls: Gudrun Kirchhoff, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin

Referent: Dr. Harald Seehausen, Agentur für Innovation und Forschung, Frankfurt a. M.

Gast: Margit Franz, Diplom-Pädagogin, Darmstadt

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



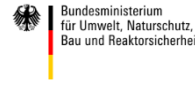
Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Fachliche Begleitung



Bürgermeister Kelbert begrüßt gegen 18.30 Uhr die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Workshops, der gegen 21.00 Uhr beendet sein wird. Er erläutert den Hintergrund und die Zielstellung des Workshops und stellt Frau Kirchhoff als Moderatorin, Herrn Seehausen als Referenten und Frau Franz als Gast vor, die die Kita Bienenschwarm bei der Neukonzeption sowie den Workshop inhaltlich begleiten wird. Im Zentrum des Workshops steht die Frage, was ein Familienzentrum ist, welche Aufgaben ein solches Zentrum übernehmen kann und ob mit dem Neubau der Kita Bienenschwarm eine Erweiterung zu einem Familienzentrum sinnvoll und realisierbar ist. Eher am Rande soll es auch um die Frage des richtigen Standorts gehen (Katholische Gemeinde oder Rudolf-Marburg- Straße).

Im Anschluss stellt Frau Kirchhoff das **Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“** und erste Ergebnisse aus den Vor-Ort-Erhebungen in Michelstadt vor. Projektträger des dreijährigen Projektes ist das Deutsche Institut für Urbanistik. Kooperationspartner sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Bundesministerium für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Finanziert wird das Projekt aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, über Projektfördermittel des BAMF, das Förderprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration und über Eigenmittel des Difü.

Das Projekt zielt auf die Förderung der sozialräumlichen Integration, die Verbesserung der Teilhabechancen von Zuwanderern und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Ein Projektfokus liegt auf der Entwicklung der Innenstädte, wobei darauf hingewirkt werden soll, integrations- und stadtentwicklungspolitische Handlungsansätze zu verknüpfen. Im Zusammenspiel von baulich infrastrukturellen und sozial integrativen Maßnahmen und unter Beteiligung der Bürgerschaft sollen positive Entwicklungsimpulse für das Zusammenleben sowie die Stabilisierung der (Innen-)Städte ausgelöst werden. Das Projekt will im Ergebnis Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure gewinnen und Empfehlungen zur Verbesserung kommunaler integrationspolitischer Handlungsansätze und zur Verknüpfung mit anderen strategischen Politikfeldern erarbeiten.

Erste Eindrücke aus den Vor-Ort-Erhebungen:

Innenstadt

Die Bürger sind stolz auf die touristisch sehr attraktive historische Altstadt. Hauptattraktion ist das historische Rathaus aus dem 15. Jahrhundert. Die Innenstadt ist Treffpunkt der Bürger und Ort zum Ausgehen auch für die Umlandgemeinden. Ein wichtiger Schwerpunkt ist deshalb die Gastronomie. Der Einzelhandel in der Innenstadt steht vor einer schwierigen Entwicklung, die täglichen Versorger wie Metzger und Bäcker sind auf dem Rückzug. Ein großer Anziehungspunkt ist das Bekleidungskaufhaus Henschel. Das Wohnen in der Innenstadt ist für gut situierte ältere Bürger insbesondere für Frauen attraktiv, sie ist kein Wohnstandort für Familien. Hauptgründe sind fehlende wohnortnahe Parkplätze und

Grünflächen. Die Eingangsbereiche zur Altstadt sollen mit Stadtumbaumitteln aufgewertet werden, wodurch ein großer Parkplatz (auch als Festplatz genutzt) entfallen würde.

Zuwanderung und Integration

Michelstadt hat eine lange Zuwanderertradition. In den 1960er Jahre kamen die ersten Gastarbeiter, von denen viele bei Pirelli in Breuberg gearbeitet haben. Anfang der 1990er Jahre kamen viele (Spät-)Aussiedler, seit einigen Jahren vermehrt Zuwanderer aus Osteuropa und seit letztem Jahr auch eine größere Zahl Flüchtlinge. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei 28 Prozent, was für ländliche Kommunen vergleichsweise hoch ist und vergleichbar mit den Werten von Großstädten ist.

Die Zuwanderer fühlen sich in der Regel gut aufgenommen. Das Zusammenleben ist jedoch eher ein Nebeneinander als ein Miteinander. Bemerkenswert ist die hohe Ortsverbundenheit der einheimischen und zugewanderten Bevölkerung. Es existieren gut organisierte und aktive Religionsgemeinschaften (Verein für Bildung und Integration mit Moschee, zwei Baptistengemeinden mit großen selbst gebauten Gemeindehäusern).

Hervorzuheben ist die gute Bildungsinfrastruktur mit einem vielfältigen Angebot an Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen. Vor allem in den städtischen Kitas sind jedoch Segregationstendenzen erkennbar. Hier hat die Mehrheit der Kinder einen Migrationshintergrund. In diesem Zusammenhang sind Sprach- und Bildungsdefizite der Migrantenkinder zu benennen.

Handlungsansätze

Trotz hoher Zuwanderung ist Integration bisher kein Stadtthema (weder in der Politik noch in städtischer Öffentlichkeit). Vor dem Hintergrund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung strebt die Stadt eine mehr strategisch ausgerichtete kommunale Integrationspolitik an. In diesem Zusammenhang könnte es hilfreich sein, ein Integrationskonzept zu erarbeiten und damit die Integration zum Stadtthema zu machen (Leitlinien, Handlungsfelder, Maßnahmen, Zeithorizont etc.).

Es fehlen Grundlagendaten zu den verschiedenen Zuwanderergruppen, insbesondere auf kleinräumiger Ebene. Im Rahmen des Projektes soll in Abstimmung mit den beteiligten Kommunen ein externer Dienstleister mit einer differenzierten Auswertung der Daten des Einwohnermelderegisters beauftragt werden.

Im Gespräch mit den Bildungsträgern wurde die mangelnde Kooperation mit den Grundschulen beklagt. Eine engere Kooperation könnte von städtischer Seite gezielt unterstützt werden. Die Bildungsträger, vor allem die Kitas, wünschen eine Verstärkung der Sprachförderangebote, insbesondere die alltagsorientierte Sprachförderung.

Von vielen Befragten wurde die Schaffung eines Ortes der Begegnung und Kommunikation als Wunsch formuliert. Ein Familienzentrum könnte z.B. ein solcher Ort sein.

In seinem Vortrag „**Was ist ein Familienzentrum und brauchen WIR eins?**“ erläuterte Dr. Harald Seehausen anhand von Blitzlichtern aus der Praxis die vielfältigen Aufgaben

eines Familienzentrums, wobei die jeweilige Ausrichtung sehr unterschiedlich sein kann. Im Kern ist ein Familienzentrum eine Art Kita plus, das die

Potenziale der Eltern einbindet, so dass diese die Ausrichtung und den Alltag der Kitas mitgestalten können. Es geht darum die Familien zu stärken, so dass sich die Befähigungen der Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft besser entfalten können. Angebote wie Elternberatung, Familienbildung, Lernen durch Spielen, altersübergreifende Betreuung, Vater-Kind-Gruppen sind häufig integrale Bausteine. Insgesamt geht es um ein neues Verständnis der Kitaarbeit, eine konzeptionelle Weiterentwicklung mit neuen Öffnungszeiten und eine Professionalisierung der Erzieher/innen zu Family-Workers.

In Hessen gibt es mittlerweile 123 Familienzentren, die vom Land Hessen gefördert werden. Eine Fördervoraussetzung ist der Aufbau eines Eltern-Kind-Cafés, das den informellen Kontakt zwischen Erzieher/innen und Eltern und den Austausch der Eltern ermöglicht. In vielen Zentren gibt es einen Elternbeirat, der an Personalentscheidungen und weiteren Fragen der Ausrichtung und Gestaltung beteiligt ist. Voraussetzung für den Aufbau eines Familienzentrums sollte eine Sozialraum- und Bedarfsanalyse sein, ggf. mithilfe einer Elternbefragung. Neben der Einbindung der Eltern sind auch die Einbeziehung älterer Menschen oder auch Arbeitsloser für Projekte und Angebote vorstellbar. Ein grundlegender Pfeiler ist die Wirkung des Familienzentrums in den Sozialraum und damit auch die Einbindung von Formen der Erwachsenenbildung.

In der anschließenden Frage- und Diskussionsrunde wurden sehr konkret die Möglichkeiten des Aufbaus eines Familienzentrums im Zusammenhang mit dem Kita-Neubau Bienenschwarm diskutiert. Zur Realisierung müsse der Neubau ergänzende multifunktionale Räume erhalten, ggf. mit einem getrennten Eingang. Auf der personellen Ebene müsse ein/e Koordinator/in eingestellt werden, die die unterschiedlichen Angebote des Familienzentrums koordiniert und mit anderen sozialen Einrichtungen vernetzt. Für die Einrichtung einer solchen Stelle gewährt das Land Hessen eine Teilfinanzierung von 12.000 EUR pro Jahr (etwa ein Drittel der Stellenfinanzierung) über fünf Jahre. Darüber hinaus werden einmalige Investitionen gefördert. Neue Anträge sind derzeit möglich. Von einigen Teilnehmern wurde eingeschätzt, dass weitere Erzieherstellen notwendig sind (z.B. 2 halbe Stellen), um das vielfältige Angebot eines Familienzentrums und erweiterte Öffnungszeiten zu gewährleisten.

Zum Schluss wurde verabredet, im Herbst voraussichtlich Oktober zwei Familienzentren mit unterschiedlichen Modellen (möglichst in der näheren Umgebung) zu besuchen, um sich zu informieren und eine Entscheidung qualifiziert vorzubereiten. Darüber hinaus wurde ein Workshop angeregt, um ein Familienzentrum konzeptionell vorzubereiten. Hierzu wurden keine weiteren Vereinbarungen getroffen.

Protokoll:

Gudrun Kirchhoff

Berlin, 18.07.2016

Forschungs-Praxis-Projekt

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Michelstadt

Workshop „Warum ein Integrationskonzept und was kann es leisten?“

9. März 2017, 17.00 bis 20.00 Uhr, Stadthaus Michelstadt

Teilnehmer/innen

- | | |
|-----------------------|---|
| ▪ Gerd Beller | Stadtverwaltung, Bauamt |
| ▪ Carola Ehlers | Stadtverordnete, SPD-Fraktion |
| ▪ Monika Fuhrig | Stadtverordnete, Grüne |
| ▪ Sabine Kaffenberger | Stadtverwaltung, Ordnungsamt |
| ▪ Stephan Kelbert | Bürgermeister |
| ▪ Stéphanie Lang | Stadtverwaltung, Abt. Kinder, Jugend und Familie |
| ▪ Rainer Raßloff | Stadtverordneter, SPD Fraktionsvorsitzender |
| ▪ Reiner Reubold | Stadtverordneter, ÜWG |
| ▪ Christian Resch | Stadtverordneter, CDU-Fraktion |
| ▪ Klaus Rösinger | Stadtverwaltung, Hauptamt |
| ▪ Tobias Robischon | Stadtverordneter, ÜWG Fraktionsvorsitzender |
| ▪ Tatjana Schmied | Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragte |
| ▪ Georg Walther | Stadtverordneter, CDU Fraktionsvorsitzender |
| ▪ Jürgen Weyrauch | Stadtrat, SPD-Fraktion |
| ▪ Hans-Jürgen Zinn | Stadtverordneter, Grüne Fraktionsvorsitzender |
| | |
| ▪ Dieter Lehmann | Referent, Leiter des Amtes für Familie und Soziales, Schwäbisch Gmünd |
| ▪ Gudrun Kirchhoff | Difu |
| ▪ Dr. Bettina Reimann | Difu |

TOP 1 **Begrüßung**

Herr Kelbert begrüßt die Anwesenden. Er führt aus, dass mit Blick auf die verabschiedeten Integrationsleitlinien ein erster Schritt zur Systematisierung des Themas Integration genommen worden sei, dies sei aber erst ein Anfang. Ein Integrationskonzept könne diese Form der Systematisierung und Strukturierung des Themas möglicherweise bestärken.

TOP 2 **Begrüßung und Einführung**

Frau Kirchhoff begrüßt die Anwesenden und stellt den vorgesehenen Ablauf vor. Ziel des Workshops ist die Erörterung eines kommunalen Integrationskonzepts für die Stadt Michelstadt. Dabei gehe es zunächst um folgende Fragen:

- Was kann ein kommunales Integrationskonzept als politische Rahmensetzung leisten?
- Was sollte es beinhalten?
- Welche Schritte zur Erarbeitung sind notwendig?

- Wer sollte in die Erarbeitung einbezogen werden und wer übernimmt welche Verantwortung?

TOP 3 „Aufgaben und Herausforderungen eines kommunalen Integrationskonzeptes“, Dr. Bettina Reimann, Difu

Frau Reimann stellt in einem Überblicksbeitrag grundsätzliche Aufgaben und Herausforderungen dar, die sich im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes stellen. Ein Integrationskonzept biete mit der Verständigung auf die maßgeblichen Probleme, erkennbaren Potenziale und Ziele einen Orientierungsrahmen für Maßnahmen und konkrete Projekte. Die Erarbeitung eines Konzeptes würde auch die Festlegung von Strukturen und Verantwortlichkeiten und Fragen der Beteiligung betreffen. In ihrem Beitrag geht Frau Reimann auf die Vorteile einer konzeptionellen Grundlage für Integration, die Rolle und Bedeutung von Integrationskonzepten, auf gängige Bausteine und Handlungsfelder eines solchen Konzeptes ein und stellt den Prozess der Erarbeitung überblicksartig dar. Sie erläutert abschließend typische Schwierigkeiten und Herausforderungen und führt aus, dass es zwar gute Erfahrungen und Beispiele gebe, aber kein perfektes Konzept, das einfach übertragbar sei. Jede Stadt müsse ein ihr eigenes, für die spezifischen Fragestellungen und Anliegen passendes Konzept entwickeln. (im Einzelnen s. Präsentation des Vortrags im Anhang).

TOP 4 „ Integrationskonzept „Miteinander in Schwäbisch Gmünd“, Dieter Lehmann, Stadt Schwäbisch Gmünd, Leiter des Amtes für Familie und Soziales

Herr Lehmann stellt das kommunale Integrationskonzept der Stadt Schwäbisch Gmünd vor und illustriert den Prozess der Erarbeitung, die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, die Verteilung der Aufgabenfelder und Zuständigkeiten und die Verstetigung des Prozesses (im Einzelnen s. Integrationskonzept „Miteinander in Schwäbisch Gmünd“ im Anhang). Die Erstellung und Umsetzung des Gmünder Integrationskonzeptes wurden wissenschaftlich begleitet (Universität Bamberg, europäisches forum für migrationsstudien (efms)). Dafür hatte die Stadt einen Kostenrahmen von 140.000 EUR bewilligt.

Integration sei in Schwäbisch Gmünd seit Jahren ein durchgängiges Thema. Entscheidend für ein Integrationskonzept seien der Prozess der Erarbeitung und ein umfassendes Beteiligungsverfahren, wobei die erste Phase der Konzepterarbeitung die wichtigste sei. Man habe mit einer umfangreichen Bestandserhebung begonnen: Auswertung vorhandener statistischer Daten, Erhebung der Angebotsstruktur und der Projekte, Repräsentativbefragung der Einwohnerschaft. Die Ergebnisse mündeten in einen Integrationsbericht als Grundlage für das Integrationskonzept. In Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeirat wurden in einem weiteren Arbeitsschritt sechs Handlungsfelder festgelegt:

- Sprache und Bildung
- Wirtschaft und Arbeit
- Wohnen und Stadtentwicklung
- Soziales, Gesundheit und Sport
- Aktives Zusammenleben
- Interkulturelle Öffnung der Institutionen.

Für jedes Handlungsfeld wurde eine Arbeitsgruppe gebildet und Verantwortlichkeiten der Ämter für die Leitung der Arbeitsgruppen festgelegt. Für jedes Handlungsfeld wurde zunächst

eine Vision entwickelt und daraus Teilziele erarbeitet, die dann mit konkreten Maßnahmen und Projekten umgesetzt wurden. Nicht alle Arbeitsgruppen haben verstetigt werden können, doch einige bestehen bis heute. So leitet Herr Lehmann weiterhin die Arbeitsgruppen Soziales, Gesundheit, Sport und Aktives Zusammenleben. Die Gesamtkoordination ist Aufgabe des Integrationsbeauftragten, der in jedem Amt einen Ansprechpartner hat.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung wurde die Fachgruppe Zuwanderung mit Vorsitz des Oberbürgermeisters eingerichtet und ein neues Leitbild als „internationale Stadt“ entwickelt. Flüchtlinge würden als Bürger in der Stadtgemeinschaft gesehen und es gelte das Prinzip: „Wer die Stadtgemeinschaft stärkt, soll hier bleiben“.

Herr Lehmann nennt zum Schluss seines Beitrags sieben Faktoren des Gelingens für eine erfolgreiche Integrationsarbeit (Gmünder Weg):

1. öffentlich Flagge zeigen,
2. Interkulturalität und Teilhabe fördern,
3. gemeinsame Projekte mit der Stadtgemeinschaft durchführen,
4. Arbeit mit Multiplikatoren aus den ethnischen Communities,
5. Bildung von Kulturtandems, Bildungspartnerschaften,
6. Anerkennung und Respekt vor kulturellen Unterschieden,
7. Orte der Begegnung und Kommunikation vor Ort schaffen.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion werden einzelne Fragen erörtert:

- Herr Lehmann führt aus, dass die Stadtteilorientierung des Konzepts sehr wichtig war.
- Hinsichtlich der Entwicklung von Integrations- und Begegnungsorten oder –zentren wurden in Gmünd bestehende Orte wie z.B. Schulen, Kitas zu Orten der Integration weiterentwickelt (Beispiel: Bildungs- und Familienzentrum Hardt).
- Mit Blick auf die Ressourcen und Zuständigkeiten gab es in jedem Fachamt eine für das Integrationskonzept zuständige Person. Teilweise haben diese Personen Zuständigkeiten für bestimmte Themen, die sie in Gruppen regelmäßig besprechen. Hierfür wurden teilweise neue Strukturen gebildet, teilweise aber auch vorhandene Strukturen genutzt. Die Zusammensetzung der jeweiligen Arbeitsgruppen gestaltet sich – je nach Thema – sehr unterschiedlich.
- Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis sei nicht einfach, es gebe aber einen „gemeinsamen Weg“. Dies sei ein strukturelles Problem. Im Hinblick auf Ressourcen sei es wichtig, dass der Landkreis eingebunden sei, doch solle der Fokus, auch für Michelstadt, auf städtischer Ebene liegen.
- Die Kommunalpolitik sei von Beginn an einbezogen gewesen und steht hinter dem Konzept. Alle Schritte seien durch Gemeinderatsbeschlüsse gedeckt.
- Ein eigenes Konzept für Geflüchtete wurde nicht entwickelt; das Thema sei im Integrationskonzept enthalten. Es gebe allerdings eine neue Beauftragte für Geflüchtete in Schwäbisch Gmünd.
- Die Koordination des Prozesses lag beim Integrationsbeauftragten und der Rathauspitze, die wissenschaftliche Begleitung habe allerdings unterstützt und Empfehlungen unterbreitet.
- Die Grundlagendaten zur Bevölkerung und die Ableitung des Migrationshintergrunds werden mit Hilfe des Programms MigraPro (Städtestatistik) immer wieder aktualisiert.

- Wichtig sei auch die Akquisition von Fördermitteln für Projekte, damit habe man viele Stellen finanzieren können.

TOP 5 Bewertung für Michelstadt

In der anschließenden Diskussion wird die Frage bearbeitet, welche Funktion ein Integrationskonzept für Michelstadt haben könnte und an welchen Stellen es unterstützende Wirkungen entfalten könnte. Folgende Punkte werden hierzu genannt:

- Gestaltung der Übergänge (Kita-Schulen) und Kooperationen im Bildungsbereich
- Zugang zu Sprache und Bildung verbessern
- Beteiligung der Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund (Schulen, Kitas)
- Informationen über Ist-Zustand / Bestandsanalyse / Grundlagendaten / Erfassung der Bildungsabschlüsse
- Stärken-Schwächen-Analyse (wo liegen eigentlich die Probleme; wo liegen Potenziale?)
- Öffnung und Vernetzung der Vereine
- Stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft
- Stärkung des Ehrenamtes
- Höhere Beteiligung in politischen Gremien
- Stärkung der Identifikation mit der Stadt (Wir-Gefühl) / städtischer Zusammenhalt
- Selbstverständigung über das Gemeinsame

In der Diskussion wird es als wichtig erachtet, eine konkrete Motivation für die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes herauszuarbeiten, man benötige einen Aufhänger. Auch wird betont, dass das Konzept für die Stadtgesellschaft insgesamt entwickelt und nicht allein auf Migrant/innen ausgerichtet sein sollte, denn Integration betrifft alle Bürger einer Stadt. Hierfür sei es wichtig, eine Antwort auf die Frage zu finden, was das Gemeinsame ist. Auch müsse sichergestellt werden, dass die Michelstädter bei all diesen Themen „ins Boot geholt“ und beteiligt werden.

Abschließend wird noch dafür plädiert, den Begriff der Integration durch einen anderen Begriff, z.B. „Miteinander“ oder „Öffnung“ zu ersetzen, denn dies spreche die Michelstädter besser an.

TOP 6 Resümee und Feedback

Herr Kelbert dankt insbesondere Herrn Lehmann für seinen Beitrag; trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen habe das Beispiel Schwäbisch Gmünd eine motivierende Wirkung. Eine Bestandsaufnahme scheine zu Beginn des Prozesses sehr wichtig; erst hieraus ließe sich – auch für Michelstadt – das Gemeinsame entwickeln. Hierfür müsse sich Michelstadt allerdings Unterstützung, Beratung und Moderation „einkaufen“.

In der abschließenden Feedbackrunde wird die Arbeit von Frau Schmied gewürdigt. In wenigen Jahren sei es gelungen, das Thema Integration in Michelstadt zu platzieren. Das heutige Treffen wird als gute Fortsetzung der letzten Zusammenkunft bewertet. Neben dem „großen Rahmen“ und dem Fokus auf Konzepte wird aber auch der Wunsch geäußert, konkrete Projekte auf den Weg zu bringen.